



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

die Corona-Pandemie hat unseren Alltag, unser ganzes Leben massiv verändert und macht sich insbesondere auch in den Gemeindefinanzien sichtbar. Der Haushaltsplan 2022 sieht wieder ein Defizit im Ergebnisplan in Höhe von 1,3 Millionen Euro vor. Aber meine Damen und Herren, dieses Defizit ist nichts anderes als Augenwischerei. Der tatsächliche Fehlbedarf liegt bei ca. 3,6 Millionen Euro. Ein Betrag in Höhe von 2,3 Millionen Euro ist als außerordentlicher Ertrag ausgewiesen. Zur Wahrheit gehört aber, dass es sich hierbei nicht um echte Erträge, echtes Geld handelt, sondern um einen legalen Buchungstrick, der vom Gesetzgeber in NRW so vorgesehen ist. Diese Bilanzierungshilfe werden wir auch in den kommenden Jahren noch kräftig spüren, denn hierdurch werden die finanziellen Belastungen der Corona-Pandemie in die Zukunft verschoben. Über 50 Jahre werden diese Defizite abgeschrieben und belasten somit zukünftige Generationen. Nach aktuellem Stand sind dies mehr als 160.000 Euro jährlich. Wie Walter Hesselbach einmal sagte: Zukunft: die Zeit, von der man spricht, wenn man in der Gegenwart mit einem Problem nicht fertig wird.

Es zeigt sich leider auch in diesem Jahr, dass der Gemeindehaushalt strukturell unausgeglichen ist und die eigene Steuerkraft bei den derzeitigen Hebesätzen nicht ausreicht, um einen Haushaltsausgleich darstellen zu können. Es zeigt sich aber auch die starke Abhängigkeit der Finanzen der Gemeinde Morsbach von äußeren Einflüssen, bspw. von der Gewerbesteuer oder durch Unterstützung von Bund und Land (z.B. beim Finanzausgleich und bei Förderprogrammen). Zu letzterem muss man wissen, dass für Menschen auf dem Land weniger Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden als für die Städter (sog. Einwohnerveredelung im Gemeindefinanzierungsgesetz des Landes NRW). Wir halten es nicht für gerecht, dass der Kölner Bürger mehr wert ist als der Morsbacher Bürger.

Als Gemeinderat sind wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, verantwortungsvoll mit den Haushaltsmitteln zu wirtschaften und Entscheidungen ausschließlich zum Wohle unserer Gemeinde zu treffen. Auch müssen manchmal Entscheidungen getroffen werden, die wenig prestigeträchtig sind oder aber auch harte Einschnitte bedeuten. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können, damit wir unseren Kindern und Enkelkindern keinen Schuldenberg hinterlassen, sondern eine starke und solide aufgestellte Gemeinde Morsbach. Meine Damen und Herren, diese Ziel werden wir auch dieses Jahr wieder verfehlen - dieses Jahr allerdings bewusst und mit Vorankündigung! Kämmerer Neuhoff hat uns im Haushaltsplanentwurf einen Weg aufgezeigt, wie wir den Ausgleich Stand jetzt schaffen können: Er schlägt eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 210 Prozentpunkte sowie eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 25 Prozentpunkte vor. Sehr geehrte Damen und Herren, viele Menschen haben durch die anhaltende Corona-Pandemie ihre Arbeit verloren, wurden in Kurzarbeit geschickt oder haben sonstige Einkommensverluste erlitten. Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Energiewende sind die Energiekosten dramatisch gestiegen. Die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind ebenfalls gestiegen (Inflationsrate liegt bei knapp 5%). Wir können und dürfen es unseren Bürgerinnen und Bürgern daher nicht zumuten, auch noch die Grundsteuer und Gewerbesteuer so drastisch zu erhöhen!

Wir stimmen moderaten Steuererhöhungen aber zu, um Belastungen für zukünftige Generationen abzumildern und unseren Haushalt nachhaltig zu entlasten. Wir haben uns nun interfraktionell darauf geeinigt, den Hebesatz der Grundsteuer B um 10 Prozentpunkte und den Hebesatz der Gewerbesteuer um 5 Prozentpunkte zu erhöhen. Es mag sehr unpopulär klingen, aber wir wären auch bereit gewesen, den Hebesatz der Grundsteuer B in einem ersten Schritt um maximal 50 Prozentpunkte zu erhöhen. Helmut Kohl hat einmal gesagt: „Eine gute Politik sieht über den Tellerrand des morgigen Abends.“ Wir werden uns zusammen ernsthaft Gedanken darüber

machen müssen, wie wir die finanzielle Situation der Gemeinde in den Griff bekommen können. In diesem Jahr ist eine Mehrheit dafür nicht vorhanden.

Bei der Haushaltskonsolidierung darf es aber nicht nur darum gehen, die Einnahmen zu erhöhen - auch wenn dies die einfachste und schnellste Lösung ist. Es ist in diesem Jahr über die Fraktionsgrenzen hinaus gelungen, vernünftige und mehrheitsfähige Einsparvorschläge einzubringen und diese auch zu verabschieden. Dies ist ein gutes Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger.

Durch das integrierte Handlungskonzept werden wir unsere Gemeinde modernisieren und fit für die Zukunft machen. Wir investieren weit über 20 Millionen Euro in die Attraktivität und in die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde. Die Baumaßnahmen Kurpark, Rathausplatz und Bahnhofempfangsgebäude als Integrations- und Begegnungshaus sind bereits abgeschlossen. Der Umbau des Schulzentrums zum Bürgercampus ist in vollem Gange. Dieser wird zukünftig Heimat aller Morsbacher Bürgerinnen und Bürger sowie unserer zahlreichen Vereine und Institutionen werden. Hiermit verbunden sind auch hohe Investitionen in die Modernisierung des Hallenbads sowie in unsere Leonardo Da Vinci Schule. Meine Damen und Herren, wir müssen alle gemeinsam nach außen transportieren, welche gute Schule wir haben! Unser Schulzentrum bietet beste Voraussetzungen für gute Bildung und zukünftig wird es noch attraktiver. Wir haben sehr engagierte und sehr gut ausgebildete Lehrer vor Ort. Die hohe Zahl der Abgänger mit dem sogenannten Q-Vermerk spricht für sich. Wir können sehr stolz auf unsere Schule sein!

Um beim Thema Schule bzw. Betreuung zu bleiben: die Bundesregierung hat einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 1. August 2026 beschlossen. Er gilt zunächst für Grundschulkindern der ersten Klassenstufe und wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab dem 1. August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Wir begrüßen den Beschluss der Bundesregierung ausdrücklich! Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine wichtige gesellschaftspolitische Herausforderung. Berufstätige Eltern sind heutzutage mehr denn je auf eine zuverlässige Betreuung angewiesen. Für die Kinder bietet eine Betreuung außerhalb der Unterrichtszeit aber auch viele Vorteile, denn Sie werden in ihrer sozialen, emotionalen und körperlichen Entwicklung nicht nur unterstützt, sondern sie können darüber hinaus auch individuell gefördert werden. Dies trägt erheblich zur wünschenswerten und anzustrebenden Chancengleichheit der Kinder bei. Die Verwaltung hat nun die Aufgabe, notwendige Maßnahmen zu erarbeiten um das Angebot einer wohnortnahen OGS-Betreuung für alle Kinder sicherzustellen. Wohnortnah bedeutet für uns ausdrücklich an den Standorten Morsbach, Lichtenberg und Holpe!

Unsere Gemeinde ist im Wandel und verändert sich von Jahr zu Jahr zum Positiven! Das Fachmarktzentrum mit Drogeriemarkt an der Waldbröler Straße wird in Kürze fertiggestellt und hierdurch kann der tägliche Bedarf vollumfänglich in Morsbach gedeckt werden. Wir hoffen darauf, dass sich dies auch positiv auf den weiteren Einzelhandel auswirkt und noch mehr Kaufkraft in Morsbach gebunden werden kann.

Die Bahnhofstraße wird städtebaulich aufgewertet und erhält neben mehr Grünflächen auch einen ortsbildprägenden Kreisverkehr an der Kreuzung Bahnhofstraße, Auf der Hütte und Wisseraue, sofern der Förderbescheid hierzu positiv beschieden wird. Gerade im Hinblick auf die zu erwartende Wohnbebauung auf dem Bahnhofsgelände mit vielen Miet- und Eigentumswohnungen erscheint uns diese Maßnahme sinnvoll, da der Bau nicht nur zu 60% gefördert wird, sondern auch das Land NRW als Straßenbaulastträger die zukünftige Unterhaltung übernimmt. Wir hoffen auf einen positiven Förderbescheid, ansonsten ist diese Maßnahme für die Gemeinde nicht zu stemmen. Sofern alles wie geplant verläuft, erhält Morsbach nach all den Jahren der Anstrengungen und Bemühungen endlich einen ansehnlichen Ortseingang.

Bei all diesen Leuchtturmprojekten im Zentralort vergessen wir nicht, dass wir auch in den Bestand sowie in unsere Außenorte investieren müssen. Aber auch hier sind wir auf einem guten Weg.

Dorfgemeinschaften sowie Träger von Kinderspielplätzen erhalten einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro zur Sanierung der Spielgeräte. Zudem haben wir vereinbart, dass der jährliche Zuschuss der Gemeinde zur Unterhaltung in Höhe von 250 Euro auf 500 Euro verdoppelt wird. Dies stärkt die Außenorte und macht sie für Familien mit Kindern attraktiv.

In diesem Jahr starten wir mit dem Dorfentwicklungskonzept in Lichtenberg. Nach erfolgreicher Umsetzung eines solchen Konzepts in Holpe ist dies ein nächster wichtiger Schritt für die Attraktivierung der Außenorte. Der Festplatz soll hierbei deutlich aufgewertet werden. Das Projekt „Grüne Oase“ wird sogar zu 100% gefördert. Hierdurch wird die Wohn- und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger aus Lichtenberg deutlich erhöht. Wir bedanken uns bei allen Lichtenbergern und auch bei der Verwaltung für ihre Mühen!

Ein wesentlicher Beitrag zur Aufwertung wird auch das Mammutprojekt flächendeckender Breitbandausbau über Glasfaser sein. Home Office und Home Schooling in Zeiten von Corona haben uns verdeutlicht, wie wichtig es ist, hier Anschluss zu haben bzw. diesen nicht zu verlieren. Unserem Antrag, die Haushalte der Gemeinde flächendeckend mit Glasfaser anzubinden, wurde mehrheitlich gefolgt und diesen müssen wir nun gemeinsam und zügig umsetzen. Hier sind wir alle, Politik, Verwaltung, Bürgermeister sowie die Geschäftsführer und Gremien der MEG Morsbacher Entwicklungsgesellschaft in der Pflicht. Wir dürfen uns hier keine Fehler und keine Verzögerungen mehr erlauben!

Für die Zukunft erwarten wir, dass mehr Arbeitsplätze aus den Ballungszentren ins Home Office verlagert werden und das Wohnen und Arbeiten auf dem Land somit deutlich attraktiver wird. Hierauf müssen wir vorbereitet sein und uns daher anschauen, wie Wohnungsbaupotentiale im Zentralort sowie ausdrücklich auch in den Außenorten unter Berücksichtigung des Wohnungsbedarfs der verschiedenen Nachfragegruppen gehoben werden können. Im Vordergrund sollten die Möglichkeiten der Nachverdichtung, Nutzung von Recyclingflächen, der Schließung von Baulücken und der Abrundung von Hofschäften stehen, also eine möglichst kompakte Wohnbaulandentwicklung. Der Haushalt 2022 sieht hier Mittel für die Aufstellung von Bebauungsplänen für das Wohngebiet Weidenstraße/Hahner Straße sowie Heiderberg vor. Dies begrüßen wir sehr! Es gibt aber ebenso mögliche Flächen in den Außenorten, über die wir zusammen mit der Verwaltung sprechen sollten! Arbeitsplätze in der Gemeinde zu halten bzw. neu zu schaffen, ist auch ein sehr wichtiges Thema für die Zukunft, welches sich im Haushalt auch wiederfindet. Hier stehen sowohl die Erweiterung der Gewerbegebiete Lichtenberg Nord und Ost auf der Agenda, als auch die Gewerbegebiete Steimelhagen, Ellinger Weg und Wisseraue. Wir sind uns alle darüber einig, wie wichtig die Entwicklung von Gewerbeflächen ist. Diese müssen aber an geeigneten Stellen geschaffen werden. Eine vor Jahren beantragte Neuausweisung nördlich des Lichtenberger Friedhofs gegenüber einer angrenzenden Wohnbebauung ist, unserer Meinung nach nicht eine geeignete Stelle. Darum haben wir dieses abgelehnt und lehnen dieses auch weiterhin ab

Wir werden auch verstärkt darauf achten müssen, dass bestehende Infrastruktur nicht durch unterlassene Investitionen vernachlässigt wird oder sogar in der Substanz verfällt. Hierzu bedarf es einer regelmäßigen Überprüfung und Bewertung, bei der wir auch die Bürgerinnen und Bürger einbinden müssen. Es mag sein, dass wir für die Befragung der Bürgerinnen und Bürger zum Haushalt belächelt werden. Es ist aber unser Verständnis von Politik, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden und diese zu vertreten. Bei den gemeindeeigenen Gebäuden oder auch Brücken sind wir auf einem guten Weg und haben gemeinsam viel umgesetzt. Die Kindertagesstätten sowie die Grundschulen in Morsbach, Holpe und Lichtenberg, das Schulzentrum mit Hallenbad welches zum Bürgercampus umgebaut wird, die Feuerwehrgerätehäuser Morsbach, Lichtenberg, Wendershagen und Holpe oder aber auch die Sporthalle Holpe. All dies sind Beispiele für wichtige und richtige Investitionen in den Bestand.

Ein großes Thema wird auch die Zukunft des Geländes der Jugendherberge sein. Seit der Schließung der Jugendherberge Ende Oktober 2018 und dem endgültigen Aus im Dezember des gleichen Jahres sind nun mittlerweile mehr als drei Jahre vergangen. Eine Nutzung des Gebäudes war seitdem nicht möglich und ist weiterhin leider auch nicht absehbar und somit droht der weitere Verfall des Gebäudes. Aus unserer Sicht muss die Gemeinde, müssen wir zusammen daher nun das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen und Maßnahmen ergreifen. Wir werden uns im neu gegründeten Arbeitskreis Tourismus hiermit beschäftigen. Wir würden uns auch wünschen, dass wir das Projekt „Rail-Radeln“ im Arbeitskreis nochmals diskutieren könnten. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Projekt durch eine Beteiligung und Einbezug der Stadt Waldbröl eine große Strahlkraft entwickeln kann und somit einige Touristen von Nah und Fern anzieht. Knapp zwanzig Personen haben sich bislang bereit erklärt, im Rahmen eines Draisinenvereins mit zum

Erfolg beizutragen. Gemäß den Ausführungen des Bürgermeisters ist über die Jahre sogar mit finanziellen Rückflüssen zu rechnen, der dann die jeweiligen Haushalte entlastet. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns der Verwaltung noch etwas Zeit geben um das Projekt final auszuarbeiten. Im Arbeitskreis sollten wir auch die Vorgehensweise zu dem geplanten Trailpark nach Winterberger Vorbild diskutieren. Dieser kann für Morsbach eine echte Chance sein und wir halten ihn für nicht uninteressant. Er findet sogar unsere Zustimmung wenn wir Wandern, Fahrradsport und Natur in Einklang bringen können. Wir hätten nur gerne das gesamtheitliche Tourismuskonzept abgewartet, bevor wir hier in weitere Planungen einsteigen. Sofern sich die Mehrheit des Rates allerdings für einen kurzfristigen Einstieg in die Planung ausspricht, werden wir uns dieser Haltung nicht verwehren.

Bei den Straßen, das hat uns das Straßenerhaltungskonzept aufgezeigt, haben wir noch einen erheblichen Handlungsbedarf. Es kann und darf nicht sein, dass Straßen vernachlässigt werden, bis sie nur noch beitragspflichtig hergerichtet werden können. Wir haben nun unsere ca. 170km Gemeindestraßen mit Bildern und Daten erfasst und kategorisiert. Durch die verabschiedeten Wertungskriterien kann nun eine Prioritätenliste erarbeitet werden und es entsteht eine bisher nie dagewesene Transparenz für uns, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger. Maßnahmen zur Unterhaltung können nun frühzeitig geplant und angegangen werden. Wir als BFM-UBV werden uns weiterhin konsequent für eine vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, dies betrifft sowohl den Innen- als auch den Außenbereich. Wir sind daher sehr gespannt, ob die Versprechen im Vorfeld der Landtagswahl in diesem Jahr im Fall der Fälle wirklich eingehalten werden oder ob es nur ein reines Wahlkampfmanöver war. Ähnlich wie bei den Gemeindestraßen sollen nun auch unsere Waldwege analysiert und bewertet werden. Wir wissen alle, dass diese teilweise in einem sehr schlechten Zustand sind. Da die Abräumung der betroffenen Waldflächen sowie die damit verbundenen Wiederaufforstungsarbeiten aber bei weitem noch nicht abgeschlossen sind und daher eine erneute Schädigung der Waldwege zu befürchten ist, macht eine Sanierung im Jahr 2022 wenig Sinn. Es ist daher richtig, dass die Gemeindeverwaltung in Zusammenarbeit mit der Forstbetriebsgemeinschaft ein Waldwegkonzept bzw. Sanierungskonzept erarbeitet und sich hier um Fördergelder bemüht. Wir sind uns sicher, dass nicht allein der Waldbesitzer im Rahmen der Grundsteuer A hierfür alleine aufkommen muss.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, wir werden dem Haushalt sowie dem Stellenplan zustimmen. Wir erkennen in dem Haushalt unsere Handschrift und die uns wichtigen Projekte und Maßnahmen wieder. Wir sind sehr gespannt darauf, welche Hürden und Bürden uns in den nächsten Jahren weiter auferlegt werden. Die Diskussion über das Bergische Forum und die damit verbundene Finanzierung über die Kreisumlage lassen Böses für die Gemeinde Morsbach erahnen.

Abschließend danken wir allen ehrenamtlichen Helfern in unserer Gemeinde, die sich vielfältig einbringen, sei es in Vereinen, in der Feuerwehr oder Bürgerhilfe. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gemeinde. Ihnen Herr Bürgermeister und der gesamten Verwaltung mit Bauhof sagen wir Danke für die Arbeit zum Wohle unserer schönen Gemeinde.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Jan Schumacher  
Fraktionsvorsitzender BFM-UBV

Bürgerbewegung Für Morsbach  
-Die Fraktion-  
Jan Schumacher  
Wiesenstraße 9  
51597 Morsbach  
Tel.: +49 (0)2294 9000892  
Mobil: +49 (0)176 61254010  
E-Mail: [jan.schumacher@bfm-morsbach.de](mailto:jan.schumacher@bfm-morsbach.de)